

FPÖ fordert Aufklärung: Was steckt hinter der Imfarr-Affäre?

FPÖ fordert Transparenz zur Causa Imfarr. NAbg. Oberlechner kritisiert Geldverwendung im "Roten Wien" und beantragt Aufklärung.

Wien, Österreich - Am 1. Mai 2025 hat der FPÖ-Bautensprecher NAbg. Michael Oberlechner angekündigt, eine parlamentarische Anfrage an die SPÖ-Justizministerin Sporrer zur Causa Imfarr zu stellen. Diese Anfrage zielt darauf ab, Klarheit über das Engagement des Arbeitnehmer-Förderungsfonds der Stadt Wien bei Imfarr zu erhalten. Oberlechner kritisiert die Verwendung öffentlicher Gelder im sogenannten „Roten Wien“ und fordert mehr Transparenz in den Vorgängen.

Ein zentraler Punkt seiner Besorgnis sind die Verluste, die der Sozialbau-Verbund in der Ära Ostermayer erlitt, die rund 70 Millionen Euro bei der Commerzialbank Mattersburg betrogen. Er erinnert daran, dass Josef Ostermayer, der mit diesen Skandalen in Verbindung steht, wieder für Positionen im Wiener sozialen Wohnbau gehandelt werden soll, was Oberlechner als äußerst problematisch erachtet.

Forderung nach mehr Transparenz

Oberlechner kritisiert zudem den Umgang der SPÖ mit den geliehenen Geldern der Wiener Arbeitnehmer und fordert eine umfassende Aufklärung der gesamten Causa. Laut Oberlechner ist die Transparenz in der Politik unerlässlich, um den Bürgern Zugang zu wichtigen Informationen zu gewähren und die

Rechenschaftspflicht von politischen Akteuren sicherzustellen. Transparente Verwaltung ermöglicht es den Bürgern, Probleme zu erkennen, Beschwerden zu äußern und Verbesserungsvorschläge zu machen. Dies sei entscheidend für die Stärkung der Demokratie und das Vertrauen in politische Institutionen.

Im Kontext der politischen Transparenz ist hervorzuheben, dass über 65 Staaten Gesetze zur Informationsfreiheit in ihren Rechtsordnungen verankert haben. Dies zeigt, dass eine verständliche und offene Kommunikation zwischen politischen Akteuren und der Bevölkerung eine zentrale Rolle spielt. Das Konzept des „gläsernen Abgeordneten“ beschreibt die erhoffte Transparenz, die es den Bürgern ermöglicht, die Arbeit ihrer Vertreter nachzuvollziehen und damit ihre Loyalität zu stärken.

Andererseits wird die Forderung nach übermäßiger Transparenz manchmal auch kritisch gesehen; es gibt Bedenken, dass zu viel Offenheit die effiziente Ausübung politischer Arbeit beeinträchtigen könnte. Dennoch bleibt die Notwendigkeit bestehen, Machtmissbrauch und Korruption durch besser zugängliche Informationen zu verhindern. In Deutschland beispielsweise gilt seit 2006 das Informationsfreiheitsgesetz, und der Umgang mit Nebeneinkünften von Abgeordneten unterliegt strengen Offenlegungspflichten. Auch Hamburg hat mit seinem seit 2012 geltenden Transparenzgesetz die Veröffentlichung amtlicher Informationen vorgeschrieben.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Diskussion um Transparenz in der Politik von hoher Relevanz ist. Die aktuellen Vorwürfe und die parlamentarische Anfrage von Oberlechner bieten einen idealen Anlass, die Themen Transparenz und Rechenschaftspflicht weiter zu beleuchten und zu diskutieren. Durch eine Förderung der Transparenz können die Bürger mehr Vertrauen in ihre politischen Institutionen gewinnen und aktiv an der Gestaltung ihrer Gesellschaft mitwirken.

Für weitere Informationen zu diesem Thema können Sie die

ausführlichen Berichte auf **OTS** und den Artikel über
Transparenz in der Politik auf **Wikipedia** einsehen.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• de.m.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at